

Kinderarmut stärker bekämpfen

Politik muss auf flächendeckende Armutsgefährdung endlich reagieren

Mit konkreten Vorschlägen hat die Caritas auf aktuelle Studien zur steigenden Armutsgefährdung von Kindern und jungen Menschen in Deutschland reagiert. Zur nachhaltigen Verbesserung der Situation gehörten unter anderem eine Überarbeitung des Bildungs- und Teilhabepakets sowie eine Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze.

„Es ist enttäuschend, dass die Große Koalition im bisherigen Fahrwasser der Politik weiterschwimmen will“, kritisierte Christoph Eikenbusch vom Diözesan-Caritasverband Paderborn. „Konkrete Aussagen zur Verbesserung der Lebenslagen von Armut bedrohter Kinder sind in den bisherigen Vereinbarungen und Absichtserklärungen nicht zu finden.“ Auch die im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets forcierte Schulsozialarbeit werde nicht weiterentwickelt oder finanziell auf tragfähige Beine gestellt. Eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung belegt, dass knapp 2,45 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland in Haushalten leben, die von Armut bedroht sind. Das entspricht einem Anteil von 18,9 Prozent an allen Kindern. „Selbst der Regierungsbezirk Detmold, wo doch sonst die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ordnung zu sein scheinen, weist eine Armutsgefährdungsquote von

17,6 Prozent auf“, erklärte Eikenbusch. „Der Regierungsbezirk Arnsberg ist in NRW und den angrenzenden Bundesländern mit 24,3 Prozent gar Spitzenreiter.“ Angesichts dieser flächendeckenden Armutsgefährdung sei die Politik gefordert, die gesellschaftliche Teilhabe von jungen Menschen zu verbessern. „Letztendlich gewährleisten sie die Zukunftssicherheit unseres Staates“, betonte Eikenbusch.

Neben einer Verbesserung der finanziellen Situation von Kindern und Familien sei es auch notwendig, „mit der verbreiteten Ignoranz gegenüber Menschen in Not und Krisen Schluss zu machen“, forderte Eikenbusch. „Stammtischparolen und die Frage nach der Schuld an der persönlichen Situation führen dazu, dass sich Armut weiter versteckt.“ Viele Familien sähen sich gezwungen, ihre finanziellen Probleme zu verstecken, um weiterhin gesellschaftlich akzeptiert zu sein. „Sich zu erkennen zu geben bedeutet häufig, in eine Tretmühle zu geraten, wo Bevormundung und Besserwisseri entmündigend wirken“, sagte Christoph Eikenbusch und forderte von der Gesellschaft „Sensibilität und die Bereitschaft, eigene Vorurteile zu hinterfragen“.

Alarmierend nannte die Caritas in der Diözese Münster die Armutsquote von 22,4 Prozent bei Kindern für den Regierungsbezirk Münster. Diese liege fast vier Prozent über dem bundesweiten Durchschnitt. Kinderarmut zeigt sich nach den Erfahrungen der Caritas an vielen Auffälligkeiten: von der Einschränkung bei Essen und Kleidung bis zur verzögerten Schullaufbahn und zu Schwierigkeiten beim Übergang in den Beruf. ◀

M. L. (cpm/cpd)

Kritik am Rentenpaket der Großen Koalition

Die Caritas im Erzbistum Köln hat Kritik am Finanzierungskonzept für die geplante Rentenreform der Großen Koalition geübt.

Verbesserungen für die Älteren belasteten die junge Generation erheblich, warnte Diözesan-Caritasdirektor Frank J. Hensel. „Hier werden Lasten einfach und wesentlich auf die künftigen Beitragszahler geschoben“, sagte er. Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) hatte verbesserte Mütterrenten und die abschlagsfreie Rente ab 63 vorgeschlagen. Zur Finanzierung würden die Rentenbeiträge der nachfolgenden Generationen herangezogen, warnte die Caritas. Es gebe aber auch die Möglichkeit, diese Solidarleistung wenigstens in nennenswerten Teilen aus Steuermitteln zu finanzieren, sagte Diözesan-Caritasdirektor Hensel.

Er forderte im Sinne der Generationengerechtigkeit mehr Unterstützung für junge Familien, etwa bei den Frühen Hilfen und der offenen Ganztagsgrundschule. In NRW habe jede vierte Schwangere nicht einmal genug Geld für die Baby-Erstausstattung. „Die Große Koalition muss bei ihren Rentenplänen auch die heranwachsenden Familien ins Auge fassen und darf deren Belastungen nicht zum Problem einer nächsten Generation machen“, forderte Hensel. Das Rentenpaket soll nach Schätzungen bis 2030 rund 160 Milliarden Euro kosten. ◀

„Caritas in NRW – AKTUELL“ ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Lindenstraße 178

40233 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527



Energiearmut vermeiden

NRW-Caritas fordert soziale Gestaltung der Energiewende

Die Caritas in NRW fordert weitere Anstrengungen bei der Bekämpfung von „Energiearmut“. „Die Energiewende wird nur gelingen, wenn es gelingt, sie sozial gerecht zu gestalten“, sagte der Sprecher der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasdirektoren, Heinz-Josef Kessmann, auf einer Fachtagung in Düsseldorf. Steigende Strom- und Energiekosten belasteten vor allem Menschen, die an oder schon unter der Armutsschwelle lebten, warnte er.

„Das Beheizen der Wohnung stellt Armutsgefährdete weit häufiger vor finanzielle Probleme als den Rest der Bevölkerung“, betonte der Diözesan-Caritasdirektor. Bei einer aktuellen Untersuchung hätten 17 Prozent der Armutsgefährdeten erklärt, aus finanziellen Gründen ihre Unterkunft nicht angemessen warm halten zu können. Unter den nicht Armutsgefährdeten seien es nur drei Prozent, berichtete Kessmann. Zwölf Prozent der Armutsgefährdeten waren den Angaben zufolge mit der Begleichung ihrer Energierechnung gegenüber den Versorgungsbetrieben in Zahlungsverzug. Der nordrhein-westfälische Umwelt- und Verbraucherminister Johannes Rimmel (Grüne) forderte auf der Veranstaltung ein Ende der Stromsperren bei Energieschulden. „120000 Stromabschaltungen hat es gegeben, das ist für unsere Gesellschaft unwürdig“, sagte der Minister. Rimmel warb für den Einsatz von Prepaid-Zählern und für einen frühzeitigen Informationsaustausch zwischen Sozialämtern, Energieversorgern und Sozialverbänden, „um Stromsperren zu vermeiden“.

Der Stromspar-Check der Caritas sei „ein wichtiges Präventionsangebot für Menschen, die durch stetig steigende Stromkosten und Energieschulden von Armut bedroht sind“, sagte Caritasdirektor Kessmann. In Nordrhein-Westfalen habe die Caritas mehr als 50 ehemals langzeitarbeitslose Frauen und Männer zu Stromsparhelfern qualifiziert, die in fünf ausgewählten Städten bis 2015 mehr als 6000 einkommensarmen Haushalten beim Energiesparen helfen.

„Damit ist der Stromspar-Check nicht nur eine vorbildliche Symbiose von Sozialpolitik und Klimaschutz, sondern auch eine wirksame Hilfe zur Integration durch Arbeit“, sagte Kessmann. Er appellierte an die Energieversorger und die Kommunen, mehr qualifizierte Langzeitarbeitslose als „Serviceberater für Energie- und Wasserspar-

technik“ anzustellen. Die Caritas sei hier auf die Bundespolitik und die Mitwirkung des nordrhein-westfälischen Arbeitsministeriums angewiesen, aber auch auf die Unterstützung der örtlichen Jobcenter.

„Vom gesunkenen Energieverbrauch profitieren auch die Kommunen, die bei den Kosten der Unterkunft für Bezieher von Arbeitslosengeld II mit jedem Check 250 Euro jährlich einsparen“, unterstrich Kessmann. Minister Rimmel sagte, er könne sich einen Fonds vorstellen, in den die Energieunternehmen zur Umsetzung der europäischen Energieeffizienzrichtlinie jährlich 1,5 Prozent ihres Umsatzes einzahlten. Aus diesem Fonds könnten auch Energiesparmaßnahmen in privaten Haushalten finanziert werden. „Die Ergebnisse der Projekte zum Stromspar-Check können sich ja sehen lassen“, lobte Rimmel.



Vor der beeindruckenden Kulisse eines Sonnenuntergangs über dem Rhein und der Stadtsilhouette von Düsseldorf diskutierten NRW-Umweltminister Johannes Rimmel (Grüne) und Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann (r.) über Energiearmut. Foto: Lahrmann

Beim Stromspar-Check der Caritas beraten Stromsparhelfer – meist ehemalige Langzeitarbeitslose, die qualifiziert wurden – direkt die Haushalte von Arbeitslosengeld-II-Empfängern. Jeder Haushalt spart bei diesem Stromspar-Check durchschnittlich 162 Euro an Energie- und Wasserkosten im Jahr. Vom gesunkenen Energieverbrauch profitieren auch die Kommunen bei den Kosten der Unterkunft.

Die aufsuchende Energieberatung der Caritas in NRW ist eine Säule des Kooperationsprojekts „NRW bekämpft Energiearmut“, das zusammen mit der Energieschuldenberatung der Verbraucherzentrale NRW vom Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz gefördert wird. Das Projekt wird an den fünf Modellstandorten Aachen, Bochum, Dortmund, Köln und Krefeld durchgeführt. ◀

Hoffnungsschimmer

Caritas begrüßt verbesserte Wohnungsbauförderung

Die Konditionen für die Wohnungsbauförderung in NRW sollen sich in diesem Jahr weiter verbessern. Die Caritas begrüßte die Ankündigung des NRW-Bauministeriums.

Dieses beabsichtigt, die Förderbeträge anzuheben, Zinsen auf bis zu null Prozent zu senken und Mieten weniger stark zu erhöhen. Für die Caritas im Erzbistum Köln ist das ein Schritt in die richtige Richtung. Frank J. Hensel, Diözesan-Caritasdirektor und Vorsitzender des Arbeitskreises „Wohnungssicherung und soziale Brennpunkte“ der Öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege, befürwortet die aktuellen Entwicklungen: „Wir sehen einige unserer Forderungen aufgegriffen und freuen uns, dass dadurch wieder mehr bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen unterstützt wird. Das ist ein Hoffnungsschimmer für alle, die auf dem freien Wohnungsmarkt keine Chance haben.“ Wichtig sei nun, dass vor allem mehr kleine Wohnungen für Single-Haushalte entstanden und gefördert würden. „Daran mangelt es weiterhin überall“, erklärte Hensel. ◀

Caritas: Neun Euro sind zu wenig

Münster – Um neun Euro steigt der Regelsatz für alleinstehende ALG-II-Empfänger am Jahresbeginn. Erforderlich wären aber nach Berechnung der Caritas 63 Euro mehr, um das Existenzminimum zu gewährleisten. „Die neue Bundesregierung muss den Regelsatz endlich neu berechnen“, fordert deshalb Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann. Problematisch sei vor allem, dass die gestiegenen Stromkosten nicht ausreichend berücksichtigt würden. Außerdem bleibe kein Geld übrig, dass für anfallende Reparaturen und die Neubeschaffung von Haushaltsgeräten angespart werden müsse.

Bei der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Neuberechnung des Regelsatzes habe die alte Regierung „getrickst“, kritisiert Kessmann. Als Grundlage seien die 15 Prozent der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen zugrunde gelegt und damit die Basis willkürlich verringert worden. Die Caritas hat entsprechend der Wertung des Gerichts die Einkommensgruppe der unteren 20 Prozent genommen.

Beim Stromverbrauch ist der tatsäch-

liche Verbrauch von Empfängern der Grundsicherung ermittelt worden. Der liegt, weil das Geld für neue, energiesparende Geräte fehlt, häufig relativ hoch. Der im Regelbedarf eingerechnete Anteil „reicht dafür nicht aus“, sagt Kessmann. Außerdem seien die Steigerungen des Strompreises in den letzten Jahren nicht ausreichend berücksichtigt. ◀

LAG: Neuer Vorsitzender



Wuppertal/Münster – Ludger Jutkeit (r.), Vorstand des DRK-Landesverbands Westfalen-Lippe, ist neuer Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG) Nordrhein-Westfalen. Turnusgemäß übernahm er das Amt von Hermann Zaum, Landesgeschäftsführer des Paritätischen NRW. Die Mitgliederversammlung der LAG

hatte Jutkeit für die Jahre 2014 und 2015 zu ihrem Vorsitzenden gewählt. ◀

Neues Rettungsgesetz gefordert

Köln – Die Malteser in NRW haben die Ausnahmeregelungen zum europäischen Vergaberecht begrüßt und die NRW-Landesregierung aufgefordert, „endlich das novellierte Rettungsgesetz“ auf den Weg zu bringen. Es gehe um neue Richtlinien zur Auftrags- und Konzessionsvergabe „und damit um nicht mehr oder weniger als um die Zukunft der Hilfsorganisationen im Rettungsdienst“, so Malteser-Landesgeschäftsführer Oliver Mirring. Rettungsdienst sei eine Leistung der Daseinsvorsorge und dürfe nicht mit allgemeinen Bereichen des Beschaffungswesens gleichgesetzt werden, hieß es. „Die Entwicklung der letzten zehn Jahre im Rettungsdienst in Zeiten klammer Kassen, dass der billigste Anbieter gewinnt, kann jetzt gestoppt werden“, ist Mirring überzeugt. Dies gelte für öffentliche Aufträge und Konzessionen gleichermaßen. Der Rettungsdienst in Deutschland sei Teil eines Gesamtsystems aus Zivil-, Katastrophenschutz und alltäglicher Gefahrenabwehr. ◀

Raus aus der Handy-Sucht

Caritas startet Projekt gegen Internet- und Onlinespielsucht bei Kids

Mit dem Projekt „2.0 Exit“ will die Caritas in Essen jungen Menschen helfen, ihre Smartphone- und Internetabhängigkeit zu bekämpfen. Eine bundesweite Studie zur Internetsucht rechnet mit 250000 Abhängigen und 1,4 Millionen sogenannten problematischen Nutzern allein in der besonders betroffenen Altersgruppe der 14- bis 24-Jährigen.

Problematisch ist Internetnutzung, wenn Jugendliche und junge Erwachsene die Kontrolle über ihre Nutzungszeiten verlieren und andere Aktivitäten wie Schule, den Kontakt zu Freunden und Hobbys einschränken. Der Übergang zur Abhängigkeit ist fließend. Betroffene verlieren (dann) das Körper- und Zeitgefühl, der Tag-Nacht-Rhythmus geht verloren, Rückenschmerzen

werden ignoriert. Folgen sind Schulausfälle, Noten verschlechtern sich massiv, der Freundeskreis verabschiedet sich nach und nach. „Oft tritt diese Abhängigkeit nicht allein auf, sondern in Kombination mit Depressionen oder Angstzuständen, die die Flucht in virtuelle Welten begünstigen“, erklärt Susanne Schulte, die das Projekt „2.0 Exit“ betreut. „Was von beidem zuerst da war, lässt sich dann oft nur schwer herausfinden.“

Hoher Medienkonsum bei geringer Medienkompetenz begünstigt das Risiko einer Internetabhängigkeit. Besonders anfällig für die Internetabhängigkeit sind männliche Jugendliche, die Umbruchsituationen nicht gut bewältigen, wie bei gebrochenen Schulkarrieren und somit geringen Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden. Exzessiver

Internetkonsum verhindert, diese und andere krisenhaften Umbruchsituationen zu meistern. Mit diesen Jugendlichen werden im Beratungsprozess alternative Freizeitgestaltung zur Internetnutzung entwickelt. Eltern und andere Erziehungsberechtigte erhalten durch „Caritas 2.0 Exit“ Unterstützung und professionelle Beratung in Fragen der Mediennutzung. Schwerpunkte bilden hier die Entwicklung von Medienkompetenzen und Informationen zum Medienkonsum. Die Caritas Essen ist damit bundesweit eine der wenigen Familien- und Erziehungsberatungsstellen, die eine solche spezielle Beratung anbieten.

Das Projekt richtet sich besonders an Familien und junge Menschen, die von Armut bedroht oder betroffen sind. Finanziert wird das Projekt durch eine großzügige Förderung der Aktion Lichtblicke und durch Einsatz von Eigenmitteln. ◀ *M. L.*

„Wahnsinn“ lässt sich stoppen

Haftungsrechtlich ist Reduzierung des Dokumentationsumfangs in der Pflege möglich / Praxiserfahrungen in Sozialstation

Der „Dokumentationswahnsinn“ in der Pflege lässt sich stoppen. „Haftungsrechtlich besteht keine Notwendigkeit, Pflegedokumentationen immer ausführlicher zu gestalten“, erklärte Peter Frings, Justiziar des Diözesan-Caritasverbandes Münster. Er ist Mitglied einer juristischen Expertengruppe im Praxistest „Effizienzsteigerung der Pflegedokumentation“, den die Ombudsfrau für die Entbürokratisierung der Pflege im Bundesgesundheitsministerium angestoßen hat.

Praktische Erfahrungen bestätigen die Vorteile vereinfachter Pflegedokumentationen. Der VICA Ambulante Pflege im Kreis Coesfeld ist es modellhaft gelungen, den Dokumentationsumfang in der Pflege von 78 auf 18 Seiten zu reduzieren. Auch die Sozialstation der Caritas Datteln berichtet von einem großen Zeitgewinn durch weniger umfangreiche Datenblätter. Die Caritas unterstützt nachdrücklich die Initiative der Ombudsfrau zur Verringerung des Dokumentationsaufwands: „Gerade durch die MDK-Prüfungen in der Pflege ist der Umfang noch einmal so gesteigert worden, dass die Praxis nahezu gelähmt ist“, sagt Domkapitular Dr. Klaus Winterkamp, Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes Münster. Eine Reduzierung des Dokumentationsauf-

wands würde die Pflegemitarbeiter „deutlich entlasten, und diese Zeitersparnis käme den Pflegebedürftigen unmittelbar zugute“, betonte Winterkamp. Dass Qualität auch mit weniger Bürokratie gesichert werden könne, zeigten ebenso die Erfahrungen aus dem Projekt „Ergebnisqualität Münster“, in dem die Altenheime ein alternatives Prüfverfahren zum „Pflege-TÜV“ testen. „Viele Pflegekräfte warten sehnsüchtig darauf, endlich wieder mehr Freiraum für die Arbeit am Menschen zu bekommen“, sagt Winterkamp. Es sei deshalb zu hoffen, dass der Gesetzgeber die Ideen der Juristen und die Ergebnisse des Projekts der Ombudsfrau zeitnah aufgreife.

Auch bei der Caritas im Kreis Soest hat man sich Gedanken gemacht, wie Bürokratie

abzubauen wäre, um zugunsten der Patienten mehr Zeit zu haben. Es sei nicht hilfreich, „Formular-Angebote von Firmen zu übernehmen und unkritisch einzuführen“, sagt Caritas-Vorstand Peter Wawrik. Die Caritas Alten- und Krankenhilfe im Kreis Soest habe die Pflegedokumentation deutlich verringert und einfache „Ausfüllhilfen“ für die Mitarbeiter entwickelt. ◀ M. L.

Impressum

Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25,
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de,
Web: www.caritas-nrw.de

Herausgeber:

Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln,
Münster und Paderborn, vertreten durch Diöze-
san-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Abto-Fragen: Kevin Jandrey, Tel.: 02 11/51 60 66 20,
E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung: Bonifatius GmbH
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,
Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-2 20,
E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

ClimatePartner  klimaneutral

Zertifikatsnummer:
53323-1401-1016
www.climatepartner.com



**Gemeinsam
Zukunft
sichern!**

Versicherungsverein
auf Gegenseitigkeit

Altersvorsorge

Unsere Stärken – Ihre Vorteile

- Hohe Garantieleistungen und jederzeitige Beitragsflexibilität
- Allein den Mitgliederinteressen verpflichtetes Unternehmen
- Tarife ohne Abschlussprovision und dadurch hohe Vertragsguthaben ab dem ersten Beitrag

Nur für Mitarbeiter von
Kirche und Caritas und
deren Angehörige!



 **SELBSTHILFE**
Pensionskasse der Caritas VVaG

Mehr Informationen: www.sh-rente.de
info@sh-rente.de · Tel.: 0221 46015-0